

Neues aus dem Neckartal und aus der Region

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf
die-linke-rottenburg.de



November 2022

Rottenburgs Zukunft beginnt mit unseren Kindern

Haushalt: Falsches Sparen kommt uns teuer zu stehen

In den nächsten vier Jahren muss Rottenburg große Investitionen stemmen für die Sporthalle und die Grundschule im Kreuzerfeld, die Verbundschule im Hohenberg samt Mensa, für die VHS mit der Kita Gut-Betha, Musikschule und VHS-Sanierung, für die Kita mit Familienzentrum St. Remigius, den Umbau der Gemeinschaftsschule Ergenzingen (GiG) und in weitere Kitas.

Der große Teil dieser Investitionen war seit Jahren geplant und wurde immer wieder von CDU, SPD und Grünen verschoben. In den zehn Jahren der Hochkonjunktur mit jährlich sprudelnden Steuermehreinnahmen nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 (Lehmann-Brothers) wurden viele Ausgaben für soziale Zwecke und in die Infrastruktur unserer Stadt abgewürgt.

Jetzt müssen ab 2024 sogar erstmals Schulden aufgenommen werden, das Goldene Kalb der „Schwarzen Null“ wird begraben. Auf Bundes- und Landesebene dient die „Schul-

denbremse“ dazu, die jetzt zum Rohrkrepiierer wird.

Übles Spiel der Landesregierung

Städte und Gemeinden sind stark von Landeszuschüssen abhängig, besonders bei Schlüsselzuweisungen und bei der Kopfpauschale“, die jede Kommune pro Einwohner für ihre Leistungen in der Daseinsvorsorge erhält. Die Höhe dieser Zuschüsse wird üblicherweise im Haushaltserlass der Landesregierung festgelegt und ist Voraussetzung für die Aufstellung eines ordnungsgemäßen Haushalts. Dieser Erlass



Schmalparschwein

liegt bis heute nicht vor!

Obwohl Finanzminister Bayaz (Grüne) gemäß der aktuellen Steuerschätzung vom Oktober viele Milliarden mehr einnimmt, erpresst er die Kommunen mit immer neuen Forderungen. So

sollen sie die zusätzlichen Laptops für den Unterricht übernehmen, weil sie „für die Beschaffung und Wartung von Endgeräten“ zuständig seien.

Die wichtigen Sprachkitas, die von Bund und Land bisher gefördert wurden, werden eingestellt. Die Erhöhung der Sätze für Tageseltern, letzte Erhöhung 2018 auf 6,50 pro Kind und Stunde, wird trotz Inflation weiter von den Grün-Schwarzen verschleppt und dadurch die Kinderbetreuung stark gefährdet. Soviel zur Worthülse des Grünen-Stadtrats Jörg Bischof „Bildung ist der Schlüssel“!

Schräger CDU-Populismus

Die verschobenen Investitionen in Kitas und Schulen kommen Rottenburg sehr teuer zu stehen, weil die Kosten für die Firmen und das Material drastisch in die Höhe steigen: Da viele Kommunen ihre Investitionen nachholen müssen, können die wenigen Firmen, die überhaupt noch Angebote machen, hohe Preise verlangen. Zudem haben sich die Auflagen für Sozialeinrichtungen verschärft (Brandenschutz) oder verändert (neue Unterrichtsmethoden). 2018 wettete Horst Schuh (CDU-Fraktionsvorsitzender) in seiner Haushaltsrede noch gegen >>>

Und weiter:

Flächenfraß und kein Ende in Sicht Seite 4

Schlachthof: Bürgerentscheid im Januar 2023 Seite 5

Standsicherheitsproblem im Steinbruch Seite 7

„Medikamentenversorgung“ heute Seite 9

Eklat um erhöhten WTG-Zuschuss im Gemeinderat Seite 11



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

mehr Personal in den Kitas: „Denn es ist Fakt und ich wiederhole mich da auch sehr gerne. Die Haushalte werden in guten Jahren ruiniert.“ Jetzt heißt es von Reinhold Baur (CDU, Ergenzingen): „Sparen wird zwingend.“ Dasselbe Prinzip der „schwäbischen Hausfrau“, nur mit veränderten Vorzeichen.

Ohne jegliche Sachkenntnis wettet Baur populistisch gegen die Kreisumlage: „Was in die Umlage fließt, fehlt bei den Investitionen.“ Das ist weltfremd, denn die Kreisumlage nützt allen Gemeinden im Kreis Tübingen, weil sie einige Aufgaben wie die Berufsschulen, die Regionalstadtbahn oder den ÖPNV nur gemeinsam bezahlen können.

Personal vor digital

Ohnehin müssen wir umdenken. Der Personalmangel in den städtischen Kitas hat jetzt vielerorts zur Streichung des Ganztagsangebots geführt, Erzieherinnen geben völlig überarbeitet auf, Eltern müssen einspringen – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Makulatur. Statt Bildung und Sprachförderung (Orientierungsplan Kitas) findet häufig nur noch Unterbringung statt, obwohl die Eltern jedes Jahr mehr zahlen müssen.

Dies setzt sich fort in den Grundschulen, wie die katastrophalen Ergebnisse für Grundschüler bei den Schultests (Bildungstrend 2021) zeigen: Gerade mal die Hälfte der Kinder erreicht noch den Regelstandard, selbst beim Mindeststandard scheitern 20 Prozent bei der Sprache, beim Rechnen sogar 30 Prozent. „Wir laufen Gefahr, dass wir einen Teil der Kinder als funktionelle Analphabeten aus der Grundschule entlassen“, so der hilflose Kommentar der grünen Kultusministerin Theresa Schopper.

Das ist das Ergebnis von elf Jahren falscher Personaleinstellungen, so dass das „Ländle“ bundesweit das schlechteste Verhältnis von Lehrkräften zu SchülerInnen hat! Massiver Protest von Lehrerverbänden hat jetzt dazu geführt, dass 4.000 befristet angestellte Lehrkräfte wenigstens über die Sommerferien bezahlt werden und nicht in andere Länder oder Berufe abwandern.

Digitale Medien – welcher Nutzen?

Dieser Tropfen auf den heißen Stein des Personalmangels kann auch nicht durch den Einsatz von digitalen Medien in den Grundschulen beschönigt werden. Sie sind bestenfalls Hilfsmittel im Unterricht, das Entscheidende für den Lernerfolg von jüngeren Kindern liegt im direkten, persönlichen Gespräch zwischen Lehrkräften und Kindern. Alle anderen Behauptungen sind pädagogischer Humbug.

Die Wirkung dieser Medien durch den „Digitalpakt Schule“ wird vom Bundesrechnungshof so stark angezweifelt, dass er die sofortige Einstellung der Fünf-Milliarden-Bundeshilfe fordert. Auf eine Anfrage von Dr. Peter beim Regierungspräsidium Tübingen über die positiven Wirkungen von digitalen Medien an den Grundschulen des Kreises erhielt er die Antwort, dass es darüber keine Kenntnisse gibt! Der Breitband-Ausbau der Rottenburger Schulstandorte kostet insgesamt rund zwei Millionen Euro, hinzu kommt jetzt die strukturelle Verkabelung der weiterführenden Schulen mit mehr als anderthalb Millionen Euro.

Alle fünf Jahre müssen sämtliche digitalen Geräte zu gleicher Zeit ausgetauscht werden, nach Angaben der Stadt jedes Mal für 1,5 Mio. Euro – eine gute Altersversicherung für IT-Konzerne!

Forderungen der LINKEN

In den Haushaltsberatungen werden die Stadträte der **LINKEN** Anträge zu zwei Schwerpunkten stellen. Erstens für den Kita-Bereich, weil in den ersten Lebensjahren die Grundlagen eines erfolgreichen Bildungswegs gelegt werden. Die **LINKE** tritt ein für höhere Verfügungszeiten der Anleiterinnen/auszubildenden Fachkräfte für die PIA-Stellen (praxisintegrierte Ausbildung im Erziehungsbereich), für mehr PIA-Stellen über den unmittelbaren Eigenbedarf hinaus, für 130 Prozent Erzieher-Stellen im Stellenplan, d.h. notwendige Springerkräfte im Fall von Krankheit, Schwangerschaft, Fortbildung, für vier Stellen zur Sprachförderung und für eine wesentliche Besserung der Bezahlung der Tageselternpflege. Dies hat für uns absoluten Vorrang vor millionenschweren Programmen für die digitalen Medien.

Rottenburgs Zukunft bedeutet, unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte, gesunde Natur zu bieten. Deshalb fordern wir Maßnahmen gegen die weitere Klimazerstörung.

Statt einer ungezügelter Flächenversiegelung treten wir ein für die Pflanzung von 1.000 Bäumen, für eine Verringerung des Straßenbaus, der Parkflächen vor Supermärkten und Betrieben, einen mehrgeschossigen Wohnungsbau sowie eine Klausurtagung zum Thema Flächenverbrauch, die endlich den Gesamtverbrauch von Flächen in Rottenburg in den Blick nimmt.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

Bundesverwaltungsgericht in Leipzig kassiert Bayerns Ausgangsbeschränkung

Das Bundesverwaltungsgericht urteilte, dass die Ausgangsbeschränkung im April 2020 mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht vereinbar gewesen sei. Die Revision Bayern vor einem Jahr gegen eine Entscheidung des Bayrischen Verwaltungsgerichtshofs bleibt erfolglos. Bayerns Regelung war damals strenger als in anderen Bundesländern.

Außer, dass das Urteil eine späte Genugtuung für bayrische Bürger darstellt, die Grundrechte beschränkt sahen, sehen sie keinerlei politische Auswirkungen. Im Gegenteil: Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) sagte, dass man das Urteil akzeptieren werde, die Maßnahmen aber auch im Rückblick verantwortbar und richtig waren. Holetschek Rechthaberei zu unterstellen ist sicher nicht falsch, auch wenn man seine Meinung teilt, dass eine Bewertung im Rückblick immer einfacher sei. Aber einer Staatsregierung zuzutrauen, grundgesetzlich garantierte Freiheitsrechte gegen massive Ausgangsbeschränkungen abzuwägen, ist keine Zumutung und die folgenden Fehlentscheidungen müssten politische Folgen zeigen. Aber vor einer Landtagswahl - zwar erst im Herbst 2023 - dem Recht zu verhelfen, ist zu viel erwartet.

Übrigens war es laut bayrischer Corona-Ausgangsbeschränkungen verboten gewesen, auf einer Parkbank ein Buch zu lesen.

100 Jahre Hauptbahnhof Stuttgart

Wie ein einst stolzes Wahrzeichen entehrt und verstümmelt wurde

Am 23. Oktober 2022 feierte der Stuttgarter Hauptbahnhof sein 100-jähriges Bestehen. Seine Inbetriebnahme im Jahr 1922 war eine Meisterleistung der württembergischen Ingenieurskunst. Doch heute im Jahr 2022 ist wegen Stuttgart 21 nicht mehr allzu viel von diesem prächtigen Bauwerk erhalten geblieben.

Das 100-jährige Jubiläum des Stuttgarter Hauptbahnhofs wurde auch auf zwei Montagsdemos gewürdigt. Nachfolgend einige Auszüge aus den Reden von Dr.-Ing. Hans-Jörg Jäkel (Ingenieure22) sowie von Luigi Pantisano (Stadtrat Fraktion LINKE, SÖS).

Es war einmal... ein funktionierender Bahnhof. Ein Bahnhof mit 16 Gleisen. Eine Meisterleistung von Ingenieuren und Eisenbahnern. Ein großes Bauwerk, entworfen von Paul Bonatz, mit klaren Linien, Formen und ohne viel Dekor. Ein Bauwerk, wie es noch keines in dieser Weise vorher gab. Menschen kamen aus Nah und Fern, um diesen Bahnhof zu sehen und um einmal selbst mit einer Dampflokomotive in die schöne Stadt Stuttgart einzufahren.

In den frühen Morgenstunden des 23. Oktobers 1922 nahm der Stuttgarter Hauptbahnhof an der Schillerstraße, also unser Kopfbahnhof, seinen Betrieb auf. Aber jetzt befindet er sich in einem erbärmlichen Zustand.

Die dafür Verantwortlichen haben sich (fast) alle buchstäblich „aus dem Staub gemacht“ und uns hier eine Baustellenwüste hinterlassen.

Aber 2022 hat der Kopfbahnhof es mehr als verdient, dass die Leistungen bei Planung, Bau und nunmehr 100 Jahren Bahnbetrieb gewürdigt werden.

Vor 100 Jahren waren die Gleise 9 bis 16, der markante Bahnhofsturm, der Südflügel und die große Schalterhalle errichtet worden. Dort, wo sich jetzt die Gleise 1 bis 8, die kleine Schalterhalle und der Mittelausgang befinden, lagen damals noch die Gleise zum alten Stuttgarter Zentralbahnhof an der Bolzstraße.

Mit dem Hauptbahnhof gingen auch die entsprechenden Zulaufstrecken in

Betrieb, die sich im Tunnelgebirge, den einmaligen Stuttgarter Überwerfungsbauwerken, kreuzungsfrei nach Bad Cannstatt, Feuerbach und Böblingen wenden und in der mittleren Ebene den Abstellbahnhof zunächst mit drei, wenige Jahre später mit fünf Verbindungsgleisen an den Kopfbahnhof anbinden. Die Anlagen des Abstellbahnhofs und das Bahnbetriebswerk Rosenstein mit Lokschuppen und Werkstätten waren bereits 1919 in Betrieb genommen worden. Sie waren also schon erprobt, als der Kopfbahnhof den Betrieb aufnahm.

Doch dann nahm das Unheil seinen Lauf. Der Kopfbahnhof wird derzeit in einen unterirdischen Tiefbahnhof umgebaut. Beide Seitenflügel wurden zerstört und von dem verbleibenden Rumpf bleibt auch nicht mehr viel übrig. Es wurde gelogen und betrogen. Eine der größten Lügen bei diesem Projekt war, dass Stuttgart 21 nur mit „der Hälfte der heutigen 16 Gleise zur Spitzenstunde 49 Züge abfertigen kann und das bei guter

Betriebsqualität.“

Mit der Verdeutlichung der Leistungsfähigkeit des Stuttgarter Bahnhofs als Ganzes wollen wir natürlich auch sein Potenzial für den Bahnbetrieb der Zukunft verdeutlichen. Außerbetriebnahme und Abriss dieser gut funktionierenden Anlagen können damit als das erkannt werden, was sie wären: ein Schildbürgerstreich und ein bahnbetriebliches Desaster.

Und es geht weiter: Sichtbare Schäden am Mauerwerk des bestehenden Bahnhofs wurden damit erklärt, dass der Bau in die Jahre gekommen sei. Das Stahlgerüst an der Fassade zur Schillerstraße sei dazu da, die Fassade nicht zu beschädigen. Zum großen Loch in der Mitte der Fassade wurde nichts gesagt. Was für ein Wahnsinn!

Den größten Wahnsinn aber gab es zum Brandschutz: In der neuen Bahnhofshalle ist keine Sprinkleranlage vorgesehen. Stattdessen soll auf beiden Seiten des Bahnhofs bei einem Brand über große Turbinen Frischluft zugeführt werden, um den Rauch durch die

Lichtaugen ins Freie zu drücken.

Die Feuerwehr, die diesen Wahnsinn genehmigt, muss erst

noch erfunden werden. Die ersten Einsatzkräfte der Feuerwehr sollen im Brandfall zu Fuß in den Bahnhof einrücken.

Stuttgart 21 ist und bleibt ein Immobilienprojekt für die Immobilienmafia. Es werden Schienen zurückgebaut. Es werden weniger Züge im Bahnhof verkehren als heute. Stuttgart 21 ist ein Milliardengrab und wird mit dem aktuellen Brandschutzkonzept niemals eine Betriebserlaubnis bekommen.

Das Gebäude des Stuttgarter Kopfbahnhofs ist in seiner jetzigen Form nur noch eine Kulisse. Die Seitenflügel amputiert, die große Halle auch nur noch eine Kulisse. Teile davon zerstört. Nur der Turm steht noch als Symbol.

Wenige Tage nach dem Jubiläum geschah etwas Merkwürdiges: Die Uhr am Bahnhofsturm geriet in Brand, ein brennender Zeiger löste sich und fiel herab. Ein Fingerzeig des Schicksals? Oder gar die späte Rache des verstümmelten Kopfbahnhofs und seines Erbauers Paul Bonatz?

Doch wie kann es nun weitergehen? Der große Kopfbahnhof wird wieder zum Leben erweckt, mit einigen Blessuren, aber weiterhin als oberirdischer Kopfbahnhof, mit vielen Gleisen, wieder pünktlichen Zügen, mit viel mehr Zügen als heute. Der 100 Jahre alte Kopfbahnhof muss also erhalten bleiben und wird erhalten bleiben! Deshalb lasst uns weiter kämpfen für den Erhalt des Kopfbahnhofs. Lasst uns weiter

OBEIN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Flächenfraß und kein Ende in Sicht

Aber: Der Stadt liegen keine Zahlen vor

Der Flächenverbrauch scheint bei der Stadt Rottenburg keine große Rolle zu spielen. Diesen Eindruck muss jeder gewinnen, der die Beantwortung der **LINKEN**-Anfrage vom 26.07.22 durch die Stadtverwaltung liest.

Die Frage:

„Wie viele Flächen wurden in den letzten 5 Jahren durch die Überplanung und Überbauung durch Wohn-Gewerbe- und Industriegebiete samt Ausgleichsflächen, sowie durch Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau, Parkplätze etc. an Flächen verbraucht?“

Die Antwort in der Sitzung am 25.10.22:

„Laut Daten des statistischen Landesamt wurden 2017 2 ha, 2018 7 ha, 2019 7 ha Flächen entwickelt. Detaillierte Zahlen können die Informationen aus den Bebauungsplänen der jeweiligen Jahre geben, die ausführlich in den jeweiligen Vorlagen aufgelistet sind. Das Stadtplanungsamt hat diese Zahlen in der beigefügten Tabelle dargestellt. Demnach wurden in den Jahren 2017 – 2022 26,1 ha Flächen neu überbaut.“

Die besagte Tabelle enthält 29 Zeilen, davon sind 12 ohne Angaben und relevante Daten zur Anfrage. Zum Beispiel steht allein in sechs Zeilen unter der Überschrift Nutzungsbereich: „Ausschluss Bordelle“?! Worin sich hier der Bezug zur Anfrage begründet, erschließt sich dem Leser nicht. Uns hätte eine Zusammenfassung nach angefragten Flächen genügt.

Weiter heißt es im Antwortschreiben: „Nicht hinzugerechnet wurden alle Maßnahmen / Bautätigkeiten im Außenbereich, z.B. durch die Landwirtschaft, sowie Straßenbauprojekte des Bundes und des Landes, wie z.B. der Bau der B28, der Ausbau des Autobahnknotens oder der Ausbau der Kreisstraße. **Für diese Maßnahmen liegen der Stadt keine Zahlen vor.**“

Wie bitte, mein Name ist Hase, ich weiß von nichts!? Kann es sein, dass es die Stadtoberen nicht interessiert, wie viele Flächen der Großen Kreisstadt durch die umfangreichen Straßenbaumaßnahmen der letzten Jahren verloren gegangen sind und noch gehen werden? Diese Flächen werden überwiegend der landwirtschaftlichen Nutzung und somit der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Wichtige Raumschaften für Mensch und Natur werden unwiederbringlich zerstört.

Und zum Schluss der Knaller:

„Die Beantwortung dieser Anfrage hat ca. 2 Tage Personalkapazität aus den verschiedenen Ämtern gebunden.“

Auf Nachfrage in der Gemeinderatssitzung am 25.10., warum die Anfrage unvollständig beantwortet wurde, erhielten wir den Hinweis, wir könnten ja eine neue Anfrage stellen.

DIE LINKE hat bereits im Dezember 2021 zur Haushaltssatzung 2022 den Antrag auf eine Klausurtagung zur Planung des kommunalen Flächenverbrauchs gestellt. Dieser Antrag wurde im Gemeinderat abgelehnt.

Die gute Nachricht

Wir haben uns an das Landratsamt, Abteilung Landwirtschaft, gewandt und binnen eines Tages eine detaillierte Tabelle über den Verbrauch der Siedlungs- und Verkehrsflächen seit 1996 erhalten. Danach wurden in diesen 26 Jahren der Landwirtschaft 274 ha entzogen. Das sind gerechnet auf die gesamte Bodenfläche der Stadt (14.226 ha) fast zwei Prozent. Genau so viele Flächen fordert jetzt die Landesregierung für den Ausbau der Windkraft- und Photovoltaikanlagen in den nächsten paar Jahren.

Es wird höchste Zeit, dass wir uns gegen den ungebremsten Flächenverbrauch wehren. Noch in keinem Jahrhundert vor uns wurde dieser Landraub zu Ungunsten aller nachfolgenden Generationen und der Natur so massiv vorangetrieben. Das Netto-0-Ziel der Bundesregierung für 2035 scheint immer mehr zur Farce zu verkommen.

Am Sonntag, den 4. Dezember findet in Mannheim eine Demo mit Kundgebung zum Weltbodentag statt.



Marlene Fischer

Gemeinderätin
„DIE LINKE“
Rottenburg - Ergenzingen

PROTESTZUG ZUM WELT-BODENTAG

**Feldflur und Wald
statt Beton und Asphalt!**

**Am Sonntag, 4. Dezember 2022, ab 14 Uhr
Treffpunkt Mannheimer Schloss
anschließend geht's zur Kundgebung auf dem Marktplatz**

Schlachthof Rottenburg: Bürgerentscheid am 22. Januar 2023

Wie gehen die Bürgermeister und die Verwaltung mit Anfragen der Stadträte um?

Am 26. Juli stellte Dr. Peter im Gemeinderat beim TOP Schlachthof in seinem Beitrag einige offene Fragen. OB Neher unterbrach ihn zunächst brüsk, musste dann aber die Beantwortung der Fragen zusichern.

Als Dr. Peter ihn am 27. September auf die ausgebliebene Beantwortung seiner Fragen ansprach, bezeichnete OB Neher ihn als Lügner. Er hätte schon alles längst im Verwaltungsausschuss beantwortet – obwohl Dr. Peter nie Mitglied des Verwaltungsausschusses war. Schließlich sagte OB Neher Ende September eine schriftliche Beantwortung zu, die seit 15. November vorliegt.

Anhand des Vergleichs der ursprünglichen Fragen und den jetzigen Antworten kann sich jeder ein Bild machen, was der OB und die Verwaltung unter einer „Beantwortung“ verstehen:

Frage: - was passiert mit dem denkmalgeschützten Gebäude, für dessen Erhalt einzig die Stadt zuständig ist, wenn dort der Schlachthof ausziehen sollte?

Antwort der Stadt: Keine!

Frage: - welche Auswirkungen hätte eine Schließung des örtlichen Schlachthofs für die Viehhalter von Schafen und Ziegen, die die erhöhten Transportkosten nach Gärtringen nicht mehr tragen können? Wie wird dann die Pflege der Streuobstwiesen und unserer Kulturlandwirtschaft aufrechterhalten, die ja noch in der Bewerbung für die Landesgartenschau eine so große Rolle spielte? Wie verhält sich die Nichtbeachtung der Schaf- und Ziegenhaltung auf den Streuobstwiesen zu den Beschlüssen zur Stadtkonzeption 2030, in der als Ziel die "Regionale Lebensmittelproduktion durch zukunftsfähige Landwirtschaft sichern" ausdrücklich festgeschrieben ist?

Antwort der Stadt: Auswirkungen auf Schaf- und Ziegenhalter*innen:

Die Interessen kleinerer Tierhalter*innen zu berücksichtigen war Konsens in der AG-Schlachthof und ist auch erklärter Wille der Stadtverwaltung. Darauf wurde auch in den Gesprächen mit den Betreibern des Gärtringer Schlachthofs großer Wert gelegt. So wurde in den Gesprächen zugesichert, dass auch Tierhalter mit geringen Viehzahlen am Schlachthof in

Gärtringen schlachten lassen können. Hinzu kommt die Möglichkeit des Weideschusses, die es bisher in Rottenburg nicht gibt. Diese Punkte sind auch Bestandteil des Entwurfs für die Kooperationsvereinbarung. Die Höhe von Transportkosten ist eine individuelle Frage und hängt primär vom Standort



und Fahrzeug ab. Daher kann hier keine pauschale Aussage getroffen werden. Gleiches gilt für die Pflege der Streuobstwiesen, die auch individuell betrachtet werden muss.

Frage: - hat der Schlachthof Gärtringen jetzt einen Förderantrag beim Landkreis Böblingen gestellt und wie sieht es mit der Entscheidung der Landesregierung über die Förderung aus? - erhält Rottenburg seine 300.000 Euro zurück, wenn der Schlachthof in Gärtringen scheitert? Wann bekommt der Gemeinderat die schriftlichen Vertragsgrundlagen für die 300.000 Euro und nicht nur vage mündliche Auskünfte?

Antwort der Stadt: Förderung

Die Kreistage in Böblingen und Tübingen haben der Förderung der Schlachthofsanierung bereits zugestimmt. Es laufen bereits seit Monaten intensive Gespräche zwischen den künftigen Schlachthofbetreibern und dem Ministerium für ländlichen Raum, um ein Konzept nach den hohen Standards der VwV Tierwohl umzusetzen (Anmerkung: Die gibt es nicht!). Die für die Förderung notwendige Betriebsgesellschaft (GmbH) wurde vor kurzem gegründet und wird nun das formale Antragsverfahren um die benötigten Fördermittel anstoßen. Daher ist davon auszugehen, dass das Vorhaben in Gärtringen unabhängig von Rottenburg umgesetzt wird.

Kooperationsvertrag

Der Kooperationsvertrag zwischen den Landkreisen Böblingen und Tübingen, sowie der Schlachthof e.G. Landkreis Böblingen soll zeitnah unterzeichnet

werden. Die Stadt Rottenburg am Neckar wird den Vertrag vorerst nicht unterzeichnen und das Ergebnis des Bürgerentscheids abwarten. Daher erfolgt(e) auch noch keine Zahlung. Die Eckpunkte des Vertrages wurden in der Drucksache 2022/054 dargestellt.

Aufforderung Dr. Peter: Angesichts der Gefährdung von Lieferketten und der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln benötigen wir konkrete Ideen und Lösungen für eine regionale Versorgung unserer Stadt mit Fleisch, mit Getreide und frischem Obst und Gemüse. Dafür brauchen wir ein Konzept und Überlegungen der Stadtverwaltung statt den letzten Schlachthofbetreiber im Landkreis mit konstruierten und nicht belegbaren Vorwürfen zu diffamieren, er würde „wie bisher keine Rücksicht auf aktuelle Tierwohlanforderungen und Hygieneanforderungen nehmen“ und ihn damit zur Aufgabe seines Betriebes zu bringen.

Information und Diskussion am 26. November 2022

Inzwischen hat die Gärtringer Schlachthofgenossenschaft eine Förderzusage von sieben Millionen für den Umbau des Schlachthofs erhalten, der 2020 wegen Tierquälerei geschlossen werden musste. Die aktuellen Baukosten sollen 10,6 Mio. Euro betragen, 40 Prozent will das Land tragen, der Landkreis Böblingen drei Mio. in Cash und drei Mio. als Darlehen. Aber der Kreistag Tübingen hat seine 700.000 Zuschuss vorläufig gesperrt und auch Rottenburg will seine 300.000 Euro vom Ausgang des Bürgerentscheids abhängig machen.

Klaus Weber, Sprecher der Initiative zum Erhalt des Rottenburger Schlachthofs, und Günther Egeler, Metzgermeister in Reusten, betonten, dass angesichts der Schließung der Schlachthöfe in Metzingen und Balingen, der Schlachthof in Rottenburg keine Konkurrenz zu Gärtringen wäre. Im Gegenteil: Die Versorgung der Bevölkerung durch zwei lokale Schlachthöfe sei gesicherter als die Abhängigkeit von einem einzigen.

Diese spannenden Entwicklungen sollen am Samstag, den 26. November von 11 bis 17 Uhr im Innenhof des Rottenburger Schlachthofs (Tübinger Straße, gegenüber der Agip-Tankstelle) diskutiert werden.

Jessica Tatti in Rottenburg

„Bürgergeld“ statt Hartz IV

Ende Oktober hatte der Rottenburger Ortsverband der LINKEN die Reutlinger Bundestagsabgeordnete Jessica Tatti (DIE LINKE) zu den Themen „Doppelwumms“ und „Bürgergeld“ eingeladen.

Als ausgebildete Sozialarbeiterin ist Tatti arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der linken Bundestagsfraktion. DER LINKEN. Sie sieht im Bürgergeld, einem Kernstück des „Doppelwumms“ und zugleich Prestigeprojekt der SPD, das angeblich das berüchtigte Hartz-IV-System ersetzen soll, leichte Verbesserungen: In den ersten zwei Jahren der Arbeitslosigkeit darf die Wohnung unabhängig von ihrer Größe und ein Schonvermögen behalten werden. Der Schwerpunkt liegt in der Förderung von Aus- und Fortbildung, ohne allerdings für die geplanten „Kooperationsverträge“ ausreichend Stellen in den Job-Centern bereitzustellen.



Harsche Kritik äußerte Tatti aber, dass an der Berechnungsgrundlage der Regelsätze von Hartz IV keine Änderungen vorgenommen wurden. Die Erhöhung von 50 Euro ist nur ein Feigenblatt, das von der Inflation von über 10 Prozent in diesem Monat schon überholt ist. Das macht sich bei Hartz-IV-Beziehern besonders bei den gestiegenen Heizkosten bemerkbar. Sie sind im Regelsatz nur mit fünf Prozent berücksichtigt, so dass sie im Oktober erstmals von den Preiserhöhungen „aufgefressen“ wurden.

Stadtrat Dr. Peter ergänzte die Kritik mithilfe der Aussagen von Ulrich Schneider, dem Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes: Hartz IV hat Millionen Menschen in Armut trotz Arbeit gestürzt und in Deutschland den größten Niedriglohnsektor Europas geschaffen. Dazu diene die

Streichung der „Zumutbarkeitsklausel“, die die gesamte berufliche Qualifikation von Arbeitslosen zunichte machte. Zudem wird für zwei Millionen Kinder jede allgemeine Kindergelderhöhung auf ihren Regelsatz angerechnet, so dass sie seit Jahren keinen Cent mehr bekommen. Neben dem finanziellen soll dadurch der moralische Druck auf Eltern erhöht werden, Arbeit zu jeglicher Bedingung anzunehmen. In den neuen Bundesländern befinden sich über 30 Prozent Beschäftigte im Niedriglohnbereich. Dies ist ein gefundenes Fressen für die AfD, dort hetzt sie Niedriglöhner gegen Ukraine-Flüchtlinge auf, deren Staatshilfe angeblich höher sei.

AfD fordert Zwangsarbeit für Arbeitssuchende

Bei der 1. Lesung des Bürgergeld-Gesetzes im Bundestag gab es eine weitere Überraschung. Die AfD hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der erstmals eine Zwangsarbeit für Beziehender von SGB II (Bürgergeld/ Hartz IV) fordert, wenn Arbeitssuchende nach sechs Monaten noch keinen Job gefunden haben. Sie sollen 15 Wochenstunden „Bürgerarbeit“ in Pflegeheimen (!), beim Katastrophenschutz und anderen Institutionen verrichten. Bei Arbeitsverweigerung wird das Bargeld durch eine „Debitkarte“ für Sachleistungen ersetzt, sind sie nicht jederzeit am Meldeort „verfügbar“, so verlieren sie ihre gesamten Leistungen für einen Monat. Dieser menschenverachtende Entwurf wird vom Direktor des Instituts für Arbeitsrecht und soziale Sicherheit (Bonn) als verfassungswidrig bezeichnet. Er zeigt aber, welche roten Linien der Menschenwürde die AfD einreißen will. Wir sind nicht mehr fern von den Arbeitshäusern im England des 19. Jahrhunderts.

Mit ihrer Blockade im Bundesrat zur Verabschiedung des Bürgergeld-Gesetzes, das ab 1. Januar 2023 gelten sollte, öffnet die CDU dieser AfD-Politik Tor und Tür. Deshalb forderte Jessica Tatti unter dem Beifall der Anwesenden eine völlige Neuberechnung von Hartz-IV/ Bürgergeld und als Sofortmaßnahme eine Erhöhung des Regelsatzes um 200 Euro sowie die völlige Übernahme der Heizkosten. (EP)

Kurz und bündig

Zu der Einigung der Ampel und der Union in der Diskussion um das geplante Bürgergeld erklärt die Parteivorsitzende der Partei DIE LINKE, Janine Wissler:

»Die Ampel hat groß angekündigt, dass Hartz IV überwunden wird, davon kann keine Rede mehr sein. Die Reform fällt aus. Außer einer dringend überfälligen und viel zu niedrigen Erhöhung des Regelsatzes um 53 Euro bleibt im Wesentlichen alles beim Alten. ...

Die mickrigen Verbesserungen bei Schonvermögen, Sanktionen und Zwangsumzügen haben den Vermittlungsausschuss nicht überlebt. Verantwortlich dafür ist nicht nur die Union, flankiert wurde sie öffentlich von der FDP.

Ein Wettbewerb der Schabigkeit auf Kosten der Betroffenen und ein unwürdiges Schmierentheater, bei dem die Union versuchte, Niedriglöhner gegen Sozialleistungsbezieher auszuspielen. Als ob Menschen, die wenig verdienen, irgendwas davon hätten, wenn die Alleinerziehende sanktioniert wird, weil sie einen Termin verpasst hat, oder zwangsumziehen muss. ...

Jede dritte Sanktion betrifft Haushalte mit Minderjährigen. Eine Sanktion stellt das vorhandene Haushaltsbudget komplett auf den Kopf. Das bedeutet fehlende warme Mahlzeiten und ständige Sorgen. Dass nicht mal Sanktionen für Haushalte, in denen Kinder leben, abgeschafft werden, ist ein Armutszeugnis.«

Eklat um erhöhten Zuschuss für die WTG im Gemeinderat

Vorrang für notleidende Kinderbetreuung in Rottenburg

Zum wiederholten Mal entzog OB Neher in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung Dr. Peter (DIE LINKE**) das Wort, weil ihm dessen Meinung nicht passte. Erst kürzlich war dies beim Thema Schlachthof der Fall (wir berichteten).**

Dieses Mal war es der Antrag der Verwaltung, das Defizit der WTG (Eigenbetrieb Wirtschaft – Tourismus – Gastronomie) durch einen weiteren Zuschuss in Höhe von 215.000 Euro auszugleichen. Bisher hatte der Kulturverein Rottenburg das Neckarfest organisiert. In diesem Jahr übernahm die WTG die Aufgabe und führte viele Neuerungen ein.

So wurde ein „Historischer Floßzug“ auf dem Neckar durchgeführt, anstelle des Feuerwerks sollte eine Drohnen-schau stattfinden. Erstmals sollten die Besucher Eintritt bezahlen, was einen öffentlichen Proteststurm auslöste und von der großen Mehrheit boykottiert wurde. Für die Herstellung des Festabzeichens und Bezahlung der Verkäufer (wegen zu wenigen Freiwilligen!) wurden rund 54.000 Euro ausgegeben, für die Flöße rund 63.000 Euro, zusammen also mehr als die Hälfte des Defizits. Weiterhin sieht der GR-Beschluss vor,

dass ab 2023 der städtische Zuschuss 60.000 Euro mehr als die jetzigen 90.000 Euro betragen soll.

Kritik an WTG-Bevorzugung

Als einzige Gruppierung im GR kritisierte **DIE LINKE** die Vorlage. Im Bericht der Rottenburger Post werden ihre Stellungnahme und die Abstimmung völlig verschwiegen. **DIE LINKE** sieht in der Vorlage eine falsche Priorität für eine Freiwilligenleistung der Stadt für die WTG, während für die Behebung der Mängel in der Kinderbetreuung - eine Pflichtaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge - die Gelder fehlen:

„Während für die WTG scheinbar problemlos Gelder aus den erhöhten Gewerbesteuererinnahmen abgezweigt werden, gibt es keinerlei Bemühungen der Stadt, die prekäre Lage in der Kinderbetreuung finanziell zu verbessern. Seit langem wird die Kindertagespflege als billige Notlösung für eine verfehlte Personalplanung in den städtischen Kitas in den letzten Jahren benutzt. Die Kindertageseltern geraten durch die höheren Energiekosten und die Inflation bei Lebensmitteln zunehmend in eine Notlage. Hier besteht dringender

Handlungsbedarf für die Erhöhung des Stundensatzes und für die Einführung eines Raumsatzes von 50 Euro pro Kind im Monat, wie wir das schon mehrfach angemahnt haben.“

Diese Aussage passte OB Neher offensichtlich nicht und er entzog Dr. Peter das Wort mit der Androhung, ihn des Sitzungssaals zu verweisen. OB Neher unterstellte, dass Dr. Peter gegen Gelder für die notleidende Kultur sei - am Neckarfest beteiligten sich die Musikschule und das Theater am Torbogen. Dr. Peter wolle das Fest offensichtlich auf eine Hockete mit Bratwürsten und Bier reduzieren.

Wenn der OB nicht weiterweiß, weicht er auf unsägliche Unterstellungen aus und lenkt vom Kern der Kritik ab. **DIE LINKE** wird sich solche undemokratischen Verhaltensweisen auch in Zukunft nicht gefallen lassen!

Die städtischen Gelder dürfen nicht nach Gusto der Bürgermeister und einiger Fraktionen ausgegeben werden, sondern müssen die Bedarfe der Bürgerschaft erfüllen.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

„Die Akte Scholz“ - eine dringende Buchempfehlung

Mit wie vielen Erinnerungslücken wird man unglaublich?

Wie gelingt es der Hamburger Warburg-Bank, ihre illegalen Cum-Ex-Geschäfte über mehrere Jahre zu vertuschen? Warum schafft sie es, die Rückzahlung von über 100 Millionen illegalen Steuergeldern so lange hinauszuschieben? Welche Rolle spielen die Hamburger Steuerbehörde für Großunternehmen, Olaf Scholz als früherer Hamburger Bürgermeister und Peter Tschentscher als sein Nachfolger dabei? Warum gehen Finanzämter in Hessen und Nordrhein-Westfalen wesentlich früher und schärfer im größten deutschen Steuerbetrug (Cum-Ex in Höhe von mindestens 33 Milliarden Euro) vor? Will Bundeskanzler Scholz als Weltmeister von Erinnerungslücken in die Geschichtsbücher eingehen? Wie stark war Johannes Kahrs involviert, Chef des einflussreichsten Hamburger SPD-Bezirks und führender Kopf des konservativen Seeheimer Kreises in der SPD?

Fragen über Fragen! Die beiden investigativen Journalisten Oliver Schröm und Oliver Hollenstein haben kürzlich ihr

spannendes „Buch wie ein Krimi“ (Stern) mit dem Untertitel „Das Kanzler, das Geld und die Macht“ veröffentlicht. Sie decken minutiös die unglaubliche Affäre vom Zusammenspiel zwischen Bankern, Politikern, Finanz- und Justizbehörden auf, belegen alles mit nachprüfbareren Fakten und spüren dem gesamten Netzwerk seit 2009 nach.

Selten gelingt es Journalisten, mit ihren mühevollen Recherchen einen Bundestags-Untersuchungsausschuss über einen Skandal ins Leben zu rufen, in dem der jetzige Bundeskanzler Olaf Scholz maßgeblich verstrickt ist und der das Vertrauen in unsere Demokratie und seine Institutionen stark erschüttert.

Dieses Buch sollte für jeden kritischen Demokraten und erst recht für jede(n) Linke(n) eine Pflichtlektüre sein und gehört spätestens unter den Tannenbaum! (EP)

Wirtschaftsweise brechen Tabus:

Höhere Steuern für Superreiche gefordert - Spanien macht's vor

Anfang November legte der Sachverständigenrat der Bundesregierung sein neues Jahresgutachten vor und brach reihenweise überholte Tabus.

Angesichts der tiefen Krise und der Gefahr sozialer und politischer Unruhen in Deutschland schlugen die fünf Wirtschaftsweisen radikale Maßnahmen vor, um die öffentlichen Haushalte zu entlasten:

Einführung eines zeitlich begrenzten Energie-Solidarzuschlags oder die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Verschiebung vom Abbau der kalten Progression und eine erneute Ausnahme 2023 für die Schuldenbremse – alles Maßnahmen, die von Sozialverbänden, der **LINKE** und mehreren Wirtschaftsinstituten seit Längerem diskutiert und vorgeschlagen werden und die auf den erbitterten Widerstand der Verteidiger der Multimillionäre und Milliardäre in Deutschland treffen.

Sie sehen ihren Plan gefährdet, die aktuelle Krise für eine massive Umverteilung von Unten nach Oben zu nutzen. Immer offensichtlicher wird, dass die so genannten Hilfsmaßnahmen der Regierung für die Reichen von großem Vorteil sind. So erhalten die Vorstände des Energieversorgers Uniper nicht nur weiterhin Millionen-Vergütungen, sondern selbst die 300-Euro-Energiepauschale wird an diese Einkommensklasse ausgezahlt.

Auch die geplanten Steuerentlastungen entlasten die Großverdiener wesentlich mehr als diejenigen, die bei steigender Inflation und hohen Energiepreisen jeden Cent umdrehen müssen und in die Armut abrutschen.

Bereicherung ohne Grenzen

Doch nicht nur das: Im dritten Quartal 2022 haben alle 40 DAX-Konzerne ihren operativen Gewinn um stolze 28 Prozent gesteigert – von Krise nichts zu merken (ARD-Börsenbericht 17.11.2022). Bereits im ersten Quartal 2022 hatten diese Konzerne ihren Gewinn um 52,4 Milliarden Euro (ein Plus von 52,4 Prozent) steigern können.

Verglichen mit 2020 konnten die Vorstände dieser DAX-Konzerne ihre Bezüge im letzten Jahr um knapp 25 Pro-

zent steigern. Das reine Geldvermögen der deutschen Superreichen erreichte 2021 laut Deutscher Bundesbank den Rekordwert von 7,7 Billionen Euro. Zwischen 2017 und 2022, also in nur fünf Jahren, wuchs dieses private Geldvermögen (also ohne Immobiliengewinne) trotz Corona-Pandemie um über



32 Prozent. Deutschland ist nach den USA, China und Indien das Land mit der viertgrößten Zahl an Dollar-Milliardären, die neben ihrer wirtschaftlichen Macht auch über entsprechenden politischen Einfluss verfügen.

Worthülsen von SPD und Grünen

Die Vorschläge der Wirtschaftsweisen stießen bei SPD-Fraktionschef Mütznich und Grünen-Fraktionschefin Dröge auf große Zustimmung. Wegen der FDP seien sie aber leider nicht umsetzbar.

DIE LINKE stellte im Bundestag einen Antrag für eine einmalige Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre, um die Einnahmen im Staatshaushalt zu verbessern. Die Kosten zur Krisenbekämpfung betragen in diesem Haushalt 440 Milliarden Euro, eine Vermögensabgabe für die reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung würde laut Deutschen Institut der Wirtschaft (DIW) die Einnahmen um 310 Mrd. Euro verbessern.

Diesen Antrag lehnten alle anderen

Parteien geschlossen ab, die CDU sah die Existenz der Bäckermeister gefährdet.

Schließlich sind wir ja nicht in Spanien, wo die Regierung 23 000 Superreiche mit einer Solidaritätssteuer belegt, um die Entlastungspakete für die notleidende Bevölkerung und Kleinbetriebe zu bezahlen und nicht spätere Generationen mit Schulden zu belasten. Wer ein Vermögen von drei bis fünf Millionen Euro sein Eigen nennt, muss 1,7 Prozent ans Finanzamt abführen; von fünf bis zehn Millionen sind es 2,1 Prozent; und darüber fallen 3,5 Prozent an.

Außerdem wird die Steuerprogression für Einkommen aus Kapital angehoben. Wer mit seinem

Guthaben jährlich zwischen 200.000 und 300.000 Euro verdient, muss statt wie bisher 26 künftig 27 Prozent Einkommensteuer abführen. Über 300.000 Euro sind es 28 Prozent. Damit sollen jährlich 1,5 Milliarden Euro in die Staatskasse statt in die Steueroasen fließen.

In Deutschland begründet die SPD ihre Ablehnung der Vermögensabgabe mit dem Koalitionsvertrag. Wie erbärmlich:

Da spricht der SPD-Bundeskanzler angesichts des Ukraine-Kriegs von einer „Zeitenwende“ und die Bundestagsmitglieder haben nicht mitbekommen, dass dies auch eine Wende für den Koalitionsvertrag bedeuten muss!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg

„Medikamentenversorgung“ heute

Anruf bei unserer Tochter an einer Universitätsklinik für Kinderkardiologie: „Sag’ mal, gibt es bei Euch auch Versorgungsschwierigkeiten bei Medikamenten?“ „Klar, Fiebersäfte sind gerade schwer zu bekommen und manchmal fehlen noch wichtigere Medikamente. Ganz schlimm ist es bei speziellen Kinder-Herz-Kathetern. Unser Chef hat schon überlegt, Blasenkatheter aus der Urologie zu verwenden. Aber die sind nicht steif genug, um die noch geschlossenen Membranen durchstoßen zu können. Dieser Engpass ist für manche Säuglinge bedrohlich.“

Wenn man es nicht nur in der Zeitung liest, sondern in einer Rottenburger Apotheke selbst miterlebt, dass Ibuprofen und Paracetamol-Saft für Kinder ausgegangen sind - es aber zum Glück noch Ersatzpräparate gibt - dann holt uns die Wirklichkeit ein. 250 - 300 Präparate sind schwer oder gar nicht zu liefern. Ursachen sind u.a. Lieferprobleme bei Inhaltsstoffen, Transportlücken, Verunreinigung oder mangelnder Wirksamkeit einzelner Chargen, technische Defekte in der Produktion. Neu ist dieser Versorgungsmangel nicht.

Seit Jahren lese ich von gravierenden Versorgungsengpässen z.B. in England, schon vor COVID und den daraus folgenden Störungen der Handelswege. Es geht nicht nur um Substanzen, die nur noch in Indien und China hergestellt werden. Im Sommer trat ein Fehler in einem großen Bioreaktor eines großen Pharmaunternehmens in Biberach auf. Damit fehlte der Grundstoff für ca. ein Drittel der Weltproduktion.

Bei einem Nischenprodukt mit sehr kleinen Stückzahlen wie dem Kinderherzkatheter verstehe ich angesichts der hohen Qualitätsanforderungen, dass es nur wenige Hersteller gibt. Da kann ein hängengebliebener Container unsere Versorgung blockieren.

Wirkliche Ursachen des Mangels

Bei vielen Massenartikeln wie Antibiotika, Schmerzmitteln, Epilepsiemitteln, Krebstherapeutika, Herzmedikamenten,

Antidepressiva etc. greift diese Erklärung nicht. Warum gibt es dafür manchmal nur 2-3 Hersteller weltweit?

Wahrscheinlicher Grund ist die Gewinnmaximierung einiger großer Konzerne mit viel Lobby-Einfluss. Wer denkt, dass dank dieser rationalisierten weltweiten Arbeitsteilung die Arzneimittelversorgung für uns Bürgerinnen und Bürger günstiger wird, muss leider enttäuscht werden. Die geforderten Preise haben nahezu nichts mit den Produktionskosten zu tun, sondern viel mehr mit den gesetzlichen Vorgaben in einigen Ländern. Anders lässt sich nicht erklären, warum manche Markenpräparate z.B. in Italien nur ein Drittel so viel kosten wie in Deutschland. Gewinn macht die Firma in beiden Ländern.

Jeder Trick ist da recht: Uralte extrem billige Epilepsiemittel werden dadurch verteuert, dass man die Firma in die Insolvenz treibt, eine neue gründet, diese in die Insolvenz treibt und so weiter. Das Endergebnis ist eine legale Preiserhöhung um mehrere 100%. Die pharmaunabhängige Zeitschrift „Arzneitelegramm“ - sonst sehr unpolitisch – fordert dringend ein Eingreifen der Politik. Letzter Anlass: Ein gutes Mittel gegen Hepatitis C, das man mit gutem Gewinn für € 100,- verkaufen könnte, kostet bei uns spekulationsgetrieben unfassbare € 26.000.

Alte Wirkstoffe, für die neue Einsatzmöglichkeiten entdeckt wurden, werden unter neuem Namen für ein Vielfaches verkauft. Und die Industrie zwingt Klinikapotheken juristisch, die Versorgung ihrer Patient*innen mit dem preisgünstigen Altprodukt einzustellen. Noch tut die Politik zu wenig gegen diesen Monopolmissbrauch.

Wenn es Sie stört, dass Sie bewährte Präparate nicht mehr bekommen oder dass Ihre Krankenkassenbeiträge immer weiter steigen, dann wenden Sie sich doch bitte an die Abgeordneten Ihres Vertrauens.

Gastbeitrag von **Dr. med. Klaus G. Weber, Rottenburg**

Ja, die WTG ...

Ja, die WTG, der Eigenbetrieb Wirtschaft-Tourismus-Gastronomie, kostet die Stadt und ihre Bürger sehr viel Geld. Und es wäre sehr schön, wenn sich diese selbstgefällige kommunale Einrichtung künftig wieder verstärkt der deutschen Sprache und ihrer Gepflogenheiten erinnern würde. Ist es wirklich hilfreich, von einer „Drei-Tage-Food-Fiesta“ auf dem Marktplatz zu sprechen, verbunden mit „Live-Cooking-Events“, die dann angeblich mit „Kulinarik-Events“ im Zusammenspiel mit den „beliebten Food-Trucks“ stehen sollen? Übers schlimme Gendern mit und ohne Sternchen denkt man allmählich auch vermehrt nach. Wie wäre es denn, liebe WTG, wenn Sie sich in Zukunft auch um angemessenes Deutsch bemühen würden, das sprachliche Entgleisungen – wie zuletzt im ROMI 45, S. 2 – wenigstens teilweise eindämmen helfen würde?

Leserbrief im Schwäbischen Tagblatt von **Dr. Christian Hörburger, Obernau**

Staatlich verordnete Mangelernährung gefährdet besonders Kinder

Regierung missachtet wissenschaftliche Gutachten

Ausgelöst durch die Einführung des Bürgergeldes, mit dem die SPD endlich die Schmach der Hartz-Gesetze hinter sich lassen wollte, nimmt die öffentliche Diskussion über eine nachhaltige Ernährung bis in Presseorgane wie „Die Zeit“ zu.

Verstärkt wird die Debatte um eine gesunde Ernährung durch die hohe Inflation bei Grundnahrungsmitteln von über 20 Prozent wie bei frischem Gemüse und Obst seit letztem September (Spiegel).

Immer weniger Menschen können sich gesunde Lebensmittel leisten und weichen deshalb auf Fast Food mit weniger Nährstoffen aus. Hartz IV sieht im Regelsatz für Erwachsene rund fünf Euro pro Tag für Essen und Getränke vor, für Kinder im Alter zwischen sechs und 13 Jahren gerade mal 3,59 Euro. In vielen Fällen ist das Mittagessen in der Schulmensa teurer. Die geplante Erhöhung um 50 Euro im Bürgergeld gleicht nicht einmal die aktuellen Preissteigerungen aus.

Ursache dafür ist auch, dass der Regelsatz für Hartz IV die Ausgaben der untersten 15 Prozent der Bevölkerung als Grundlage hat, d.h. vor allem Arbeitslose, Rentner und Geringverdienende. Denn jeder vierte Hartz-IV-Bezieher arbeitet, der (Niedrig-)Lohn ist aber so niedrig, dass er „aufgestockt“ werden muss.

Diese falsche Berechnungsgrundlage trifft vor allem Kinder und Jugendliche in ihrer wichtigen Wachstumsphase, die eine gute Ernährung für Körper und Geist braucht: „Ernährungsarmut hat besonders für Kinder und Jugendliche drastische und langwierige Folgen. (...) Die Ernährung mit billigen Lebensmitteln führt dazu, dass armutsbetroffene

Kinder ein vielfach erhöhtes Risiko haben, an Adipositas zu erkranken.“ (Foodwatch)

Nachhaltige Ernährung für alle

Dies alles ist der Regierung seit langem bekannt. Bereits im Juni 2020 hat der hochkarätig besetzte Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein umfassendes Gutachten (890 Seiten) vorgelegt, um eine nachhaltige Ernährung für die gesamte Bevölkerung zu einem „eigenständigen Politikfeld“ zu machen.

Im Kern geht es bei den neun dringenden Empfehlungen darum, Gesundheit, Soziales, Umwelt und Tierwohl miteinander zu verknüpfen, um die Lebensqualität zu erhöhen, Tier- und Umweltschutz voranzubringen und dadurch auch die enormen Kosten im Gesundheitsbereich zu senken.

Zu den Hauptproblemen zählen die Verfasser, dass Armut mit ernährungsbedingten gesundheitlichen Beeinträchtigungen eng zusammenhängt und Deutschland in der Schlachtindustrie (siehe Tönnies) und in der Gastronomie durch Saison- und Leiharbeitskräfte große Defizite hat: „Ernährungsarmut sowie schlechte

Arbeitsbedingungen in verschiedenen Branchen der Lebensmittelkette finden über das Parteienspektrum hinweg zu meist nur wenig Beachtung.“ Zu ihren wichtigsten Forderungen an die Politik gehören eine Senkung der Mehrwertsteuer für Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte, eine Erhöhung der Verbrauchssteuern auf zuckerhaltige Getränke und eine „beitragsfreie und qualitativ hochwertige Kita- und Schulpflege (...). Durch die Gestaltung des Angebots (z.B. Qualität, Portionsgröße) und der Essumgebung (z.B. Ausstattung der Mensa) wird ferner das Essverhalten unmittelbar beeinflusst.“

Dem kann man nur uneingeschränkt zustimmen. Der Skandal

besteht darin, dass die Regierenden diese wissenschaftlich belegten Ergebnisse seit über zwei Jahren in ihren Schubladen haben verschwinden lassen. Stattdessen lassen sie billige Appelle an die „Eigenverantwortung“ der Konsumenten los, ohne die Bedingungen gerade für ärmere Bevölkerungsgruppen herzustellen (siehe Bürgergeld), damit diese sich eigenverantwortlich für eine gesündere Ernährung entscheiden können. **Hier bestehen viele gute Möglichkeiten auf kommunaler Ebene, diesen Zustand zu ändern!**



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat

„DIE LINKE“

Rottenburg

Kurz und bündig

Gendern gibt es nicht umsonst

Damit neben „männlich“, „weiblich“ auch „divers“ oder „ohne Angabe“ gesetzt werden kann und das Gendersternchen möglich ist, muss das IT-System der Stadt München auf geschlechtergerechte Sprache umgestellt werden. Das soll 3,9 Millionen kosten. Die grüne IT-Referentin beruhigt: das Projekt soll bis 2027 dauern. Grundlage ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2017. Es wird also höchste Zeit. Für Menschen, die sich weder männlich noch weiblich zuordnen lassen, muss es einen eigenen Geschlechtseintrag bei Behörden geben.

Jedoch: „Die Stadt München wird in ihren Einladungen auch künftig keine Formulierungen wie „Bürger*innenversammlung“ oder „Einwohner:innenversammlung“ verwenden. Einem dahingehenden Antrag des Bezirksausschusses Au-Haidhausen (BA) erteilte das Rathaus eine Absage. Zwar sei das Anliegen nachvollziehbar und die Stadt trage der geschlechtergerechten Sprache durch eine entsprechende Regelung in ihren Geschäftsanweisungen auch Rechnung, heißt es im Antwortschreiben an den BA. (SZ 6. Juli 2022)

Standsicherheitsproblem im Steinbruch Frommenhausen!

Gefährdung für angrenzende Eigentümer?

Gefährdet der Betreiber des Steinbruchs nicht nur Naturdenkmäler sondern auch das Leben der angrenzenden Eigentümer für den maximalen Gewinn?

Am 12.10. erreichte mich eine Nachricht von Landwirt Ströbele, der die Biogasanlage in Frommenhausen betreibt und die nördlich angrenzende Fläche des Steinbruchcanyons besitzt. Der Feldweg zwischen seinem Grundstück und dem Canyon sei gesperrt worden. Den Grund dafür lieferten sofort Luftbildaufnahmen.

Ein großes Paket im oberen Abraum hat sich bis auf 0.5m an den Feldweg gelöst und ist in die 70m tiefe Abbaugrube gestürzt. Die erste Rutschung im Steinbruch? Nein. Durch die Presse wird bekannt, dass sich bereits Ende 2020 ein Felssturz ereignet hatte.

Schaut man sich öffentliche Luftbildaufnahmen an wird klar, dass hier ein größeres Problem vorliegt, als der Betreiber öffentlich zugibt. Denn damals fiel bereits ein riesen Gesteinspaket in die Tiefen und beeinträchtigte die Standsicherheit nachhaltig.

Der angrenzende Landwirt wurde nur durch ein Telefonat und eine Luftbildaufnahme, auf der aber kein Felssturz zu sehen war, informiert. Kein Gutachten, keine Vorortbegehung. Eine Verschleierung der gravierenden Situation.

Durch den aktuellen Erdbeben wird das Problem wieder öffentlich. Das Landratsamt und der Betreiber beziehen Stellung durch die Pressebe-

richte im Schwäbischen Tagblatt. Der Betreiber gibt öffentlich zu 2020 nicht auf der gesamten Böschungslänge Si-



cherungsmaßnahmen aufgrund von Arbeitssicherheit durchgeführt zu haben. Heute hat sich die Situation verschärft und wieder müssen Maßnahmen getroffen werden. Ein Geständnis, dass es damals schon nötig und möglich war.

Nun räumt das Landratsamt 2022 ein, das Fehlen der oberen Berme sehen sie als kritisch an. Interessant, wenn diese jedoch bereits seit 2020 im Bereich von ca. 60m Länge fehlt. Doch in der ganzen Zeit gab es keine Information an den Landwirt. Dabei wird der Feldweg von ihm mit 30 Tonnen schweren Geräten befahren, da ist es sehr gut nachvollziehbar, dass er von einer stetigen Lebensgefahr spricht.

Ein weiterer Akteur muss in diesem Zusammenhang genannt werden, da es doch merkwürdig erscheint, dass das Landesamt für Geologie vom Landratsamt nicht eingeschaltet wurde oder

wird. Denn das Landratsamt verlässt sich auf ein „anerkanntes Sachverständigen Büro“, dass für den Betreiber seit

2012 im Steinbruch tätig ist und somit die Standsicherheit 2012 der Nordwand prognostizierte, die Sicherungsmaßnahmen 2020 kalkulierte, 2022 die Standsicherheit des Feldweges wieder herstellen muss und erst vor einer Woche, zusammen mit den ergänzenden Antragsunterlagen

für die Erweiterung, eine Standsicherheitsanalyse für Kapfhalde und Kapfelsen veröffentlicht hat.

Die Standsicherheitsanalyse und weitere Unterlagen mit insgesamt 150 Seiten wurden vom Landratsamt an ca. 600 Einwander zugeschickt, die bis 9.12.12 erneut Einwände erheben dürfen.

Ich bin kein Steinbruchgegner, sondern setze mich für einen sicheren und nachhaltigen Steinbruch in meiner Heimat ein. Das Landratsamt und Betreiber haben mein Vertrauen in ihre Arbeit aufgrund der Erfahrung in der Vergangenheit verloren und deshalb stehe ich weiter der Erweiterung kritisch gegenüber und setze mich für die Natur und meine MitbürgerInnen weiterhin solidarisch ein!

Aaron Wagner

Kurz und bündig

Bau von LNG-Terminals wird doppelt so teuer

Kosten für Anschaffung und Unterhalt von schwimmenden Flüssigerdgas-Terminals verdoppeln sich. Waren rund 3 Mrd. Euro geplant, so steigt der Gesamtbedarf, laut Wirtschaftsministerium, auf 6,56 Mrd. Euro. Hinzu kommen weitere Haushaltsmittel 2023. Begründet wird dies mit einer „sich dynamisch entwickelnden Situation“. „So hat die vertragswidrige Einstellung der Gaslieferungen durch Russland durch Nord Stream 1 umso deutlicher gemacht, wie wichtig alternative Infrastrukturen sind.“ Natürlich wird die sich dynamisch entwickelnde Situation nicht mit einer Vorgeschichte in Verbindung gebracht: den Sanktionen gegenüber Rußland. Teilweise mussten die Terminals für 15 Jahre gechartert werden.

So sieht eine „kurze Übergangslösung“ (Wirtschaftsminister Robert Habeck) aus. Auf dem Weltmarkt verfügen allein die USA, Katar und Australien über zwei Drittel der Exportkapazitäten an LNG, d.h. es entstehen neue Abhängigkeiten. Wie diese ausgenutzt werden, wird man sehen. Langfristige Lieferverträge mit China, Japan und Südkorea treiben Deutschland auf den Spotmarkt, auf dem „Restmengen“ zu Höchstpreisen angeboten werden, die bezahlt werden müssen.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Und jetzt? - Windpark ade?

Wie wirkt sich das Seebronner Abstimmungsverhalten aus?

Wendelsheim, Oberndorf, Hailfingen stimmten für, Seebronn bei Stimmgleichheit gegen die Verpachtung ihrer Flächen für den Bau einer Windkraftanlage. Welche Verbindlichkeit hat das Nein einer Ortschaft?

Welch ein Demokratieverständnis steht dahinter, wenn sowohl bei den Abstimmungen der Ortschaftsräte wie auch bei der Abstimmung im Gemeinderat Nicht-Öffentlichkeit vorgeschrieben wird, begründet mit dem windigen Vergleich es handele sich um eine Verpachtung wie jede andere. Ein Windparkgelände mit acht fernsehturm hohen Windkraftanlagen wird verglichen mit einem kleinen städtischen Stückle, das an einen privaten Nutzer verpachtet wird!

Die Begründung des Ersten Bürgermeisters Weigel, dies diene dem Schutz der Investoren, bringt schon zum Nachdenken. Wovor muss der Investor denn geschützt werden? Was muss er befürchten, wenn bekannt würde, welche Ortschaftsräte und Ortschaftsrätinnen für die Verpachtung des „guten“ Projekts stimmten? Was müssten die verpachtenden Grundstücksbesitzer befürchten, wenn ihr

Abstimmverhalten bekannt würde? Profit- und Geldgier ist kein zu großer Makel in unserer Wirtschaftsordnung.

Der Erste Bürgermeister Weigel legt noch eins drauf: Die Nicht-Öffentlichkeit diene dem „Schutz einer geordneten Beratung“. Er sagte dies in Wendelsheim, meinte aber wohl doch die Beratungen in allen direkt betroffenen Gemeinden. Von welchen Beratungen ist ihm denn bekannt, bei denen mit Sensen und Dreschflegeln und Hellebarden die Bürger aufeinander und die Vertreter der Stadtverwaltung losgegangen sind? Wo gab es ein Hauen und Stechen? Eine gelegentlich erhöhte Lautstärke, um verständlich zu sein und gewisse Gefühlswallungen zu artikulieren, sind einer geordneten, engagierten Beratung nicht hinderlich. Im Gegenteil!

Leider hat der Erste Bürgermeister die Einlassung der Hailfinger Ortsvorsteherin Kircher nicht gehört, dass die Räte allesamt gestandene Leute seien und sich nicht beeinflussen ließen. Wenn das so wäre, müsste Öffentlichkeit der Abstimmungen doch eine Selbstverständlichkeit sein. Und die Ortschaftsräte müssten von sich aus auf Öffentlichkeit bestehen.

Wenn die Ortsvorsteherin Arnold in Oberndorf auf den Appell einer Windkraftgegnerin die Fürsorgepflicht gegenüber den Einwohner nicht zu vergessen, antwortet: „Wer die Klimawende wolle, müsse auch selbst dazu etwas beitragen. „Sonst stiehlt man sich aus der Verantwortung““, (Zitiert nach Rottenburger Post vom 24. November 2022) dann muss man zynisch nachfragen, wie groß denn der Beitrag dieser Windkraftanlage für das Weltklima sein wird. (Ja, ja - ich weiss, dass jedes Windrad zählt - wenn der Wind bläst.)

Erinnere ich mich richtig, dass bei der Informationsveranstaltung in der Festhalle, sogar von OB Neher selbst, betont wurde, dass, wenn nur eine Gemeinde gegen die Verpachtung stimme, sich der Gemeinderat an das Votum gebunden fühle und das ganze Vorhaben gestrichen würde?

Hüten wir uns vor Legendenbildung. Wenn jetzt betont wird, aufgrund der Abstimmung sei nur der Standort eines Windrads in Frage gestellt - das auf Seebronner Gemarkung - wird der Sachverhalt womöglich verdreht.

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

- **Infostand von DIE LINKE an der Fußgängerbrücke (Nähe Kaffee-
werk):**

Samstag, 26. November 2022, 10 - 12 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Donnerstag, 1. Dezember 2022

ab 19.00 Uhr, Gaststätte Engel,

Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**

facebook.com/solid-rottenburg-a.N.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung

Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,

72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75

72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg